

Rastanlage: Debatte um rechtliche Möglichkeiten

Bürgermeister: Klage gegen Nordvariante hat kaum Erfolgsaussicht

Sinzheim (red/cri) – Eine eventuelle Klage zur Verhinderung der Erweiterung der Tank- und Rastanlage Bühl in Richtung Norden und damit in Richtung Halberstung hat kaum Aussicht auf Erfolg. Diese Feststellung hat nach Angaben von Sinzheims Bürgermeister Erik Ernst der von der Gemeinde engagierte Rechtsanwalt Hansjörg Melchinger getroffen.

Der Anwalt hatte die Unterlagen zu dem vom Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe gefassten Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau geprüft. Außerdem sei der Rechtsvertreter zu folgenden Ergebnissen gekommen, so Ernst: Die Chancen bei einer Klage zur Realisierung der optimierten Nordvariante, die im Verlauf des Verfahrens durch die Gemeinde auf Empfehlung des Verkehrsplaners Reinhard Kohler ins Spiel gebrachten worden war, werden mit etwas über 50 Prozent bewertet, teilte der Bürgermeister weiter mit.

Die optimierte Nordvariante unterscheidet sich im Wesentlichen in folgenden Punkten von der planfestgestellten

Nordvariante: Der Abstand zwischen der nächstgelegenen bestehenden Wohnbebauung am Südwestrand des Sinzheimer Ortsteils Halberstung und der geplanten Lastwagen-Stellplatzanlage vergrößert sich demnach von etwa 200 Meter um etwa 90 Meter auf rund 290 Meter, so Ernst in der Mitteilung weiter. Dadurch würde die geplante Anzahl der Lkw-Parkplätze von 109 auf 99 reduziert. „Im Falle einer erfolgreichen Klage zur Durchsetzung der optimierten Nordvariante besteht allerdings das Risiko, dass diese Variante dann ohne den planfestgestellten sechs Meter hohen Sichtschutzwall errichtet wird.“

Rechtsanwalt erläutert Sachverhalt

In Bezug auf eine Klage sei deshalb letztlich auch zu entscheiden, „ob man mit der planfestgestellten Nordvariante einverstanden ist, oder möglicherweise auf prozessualen Wegen die optimierte Nordvariante ohne Sichtschutzwall hinnehmen muss“.

Bei der Bürgerinformations-

veranstaltung, die sich morgen, Donnerstag, 19. Mai, um 19 Uhr auch mit diesem Thema in der Bürgerbegegnungsstätte in Halberstung befasst, „werden die Hintergründe der rechtlichen Würdigung ausführlich erläutert“, sagte Ernst. Anwesend sein werde auch der Rechtsanwalt.

Da die Gemeinde selbst nicht klagen könne, mache es nur Sinn, dass ein direkt betroffener Bürger, der bisher schon Einwendungen erhoben hat, klagt, so das Gemeindegremium weiter. „Die Gemeinde wird, wie in anderen Verfahren auch, die erstinstanzliche Klage finanziell dann unterstützen, wenn sich die Mehrheit der Halberstunger Wahlberechtigten für die optimierte Nordvariante ausspricht.“ Hierzu soll zeitnah eine Bürgerbefragung stattfinden.

Das Wahlverfahren sei gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat so festgelegt worden, erklärte Ernst auf Anfrage. Wahlberechtigt seien gut 500 der etwa 800 Halberstunger. Die Klage müsse bis spätestens Dienstag, 14. Juni, eingereicht sein.

Zum Thema

Sorge um Verunsicherung

Sinzheim (red) – Angesichts des Risikos, dass man möglicherweise „auf prozessualen Wegen die optimierte Nordvariante ohne Sichtschutzwall hinnehmen muss“, sieht die Bürgervereinigung (BV) Halberstung die Gefahr, dass viele betroffene Bürger bereits im Vorfeld der Versammlung verunsichert und entmutigt sein könnten. Der Vorsitzende Jürgen Gushurst erinnert in einer Mitteilung jedoch daran, dass bereits beim Erörterungstermin zur Planfeststellung im September 2010 in den Darlegungen des Regierungspräsidiums (RP) die Drohung angeklungen sei, dass man bei einer durch eine Klage erzwungenen Umplanung mit Nachteilen (kein Wall) zu rechnen habe.

Die BV sei jedoch überzeugt, dass diese Drohung nicht umgesetzt werde, da nicht nur das RP das Sagen habe. Außerdem könne man die Politiker einschalten, „die Schaden vom Volk abzuhalten verpflichtet sind“. Dass es keinen Erdwall um den Parkplatz herum geben könnte, hält die BV auch deshalb für unwahrscheinlich, weil dann der so oder so anfallende Aushub mit finanziellem Aufwand anderweitig untergebracht werden müsste.



Foto: Zorn